

der „Kontrolle der Produktion, Errichtung einer Arbeiterregierung, Offenlegung der Steuerlisten, Selbstverwaltung der Kommunen“, das ist der wesentlichste Inhalt ihres Aktionsprogramms. Wie unterschieden sie sich vom SPD-Parlamentarismus, wenn dem Parteigenossen die **Beteiligung an Aufsichtsräten** in Staats- und Privatbetrieben offen gelassen wird. Zweifeln erklärte er seinen Reklamatoren zur Prinzipienklärung: „Durch die Kontrolle der Produktion kommen wir zur Macht“, um dann im Schlusswort offen zu bekennen: **wir selbst glauben ja nicht an unsere Forderungen!** Hier wird das Proletariat also bewußt in neue Illusionen hineingetrieben und damit vom Kampf um die Macht abgehalten.

Im Gesamtgeschehen stellt die SAP weiter nichts als ein Mittelglied zwischen SPD und KPD dar. Ein zentraler Teil ihrer Parolen sind die Bankrottparolen der KPD seit 10 Jahren. „Überwindung der Gewerkschaften vom innen heraus, Kampf gegen die Tributlasten“ usw. durch eine je nach Bedarf abwechselnde Verbenzung nach rechts zur SPD, dann wieder nach links zur KPD, hofft man zwei Fliegen mit einem Schlag zu fangen. Einmal die Abgrenzung gegenüber der SPD und andererseits die Abgrenzung gegen die KPD; gleichzeitig aber auch die Möglichkeit, bei dem nötigen Wahlrummel die Einheitsfront durch Listenverbindung mit dem einen oder dem anderen Partner herstellen zu können.

Vor dem Parteitag wurde ab und zu der Rätegedanke in der Presse der SAP propagiert. So gut wie nichts war davon auf dem Parteitag selbst zu hören. Im Prinzip bedeutet die Reformen der SAP nichts anderes, als Entwicklung zum Staatskapitalismus unter Führung der SAP. An politischer Klarheit den übrigen voraus ist die Gruppe, welche vertreten wurde durch Reichelbach, Katzenberg und Steuber. Der Verlauf des Parteitages mühte diese Genossen überzeugen haben, daß ihre antiparlamentarische Plattform innerhalb der SAP kein Platz ist. Sie müssen sich auch darüber klar werden, daß eine Wandlung der Gewerkschaften zum wirtschaftlichen und politischen Kampffaktor ebenso unmöglich ist, wie die der SPD. Gleich dieser sind auch die Gewerkschaften mit dem Staate verwachsen und werden von einer Apparatskatur beherrscht. Die Neuformierung des Proletariats kann nur auf der Grundlage der Rätebewegung vor sich gehen. Wenn man schon davon überzeugt ist, daß das Selbsthandeln und Selbstdenken der Arbeiter nur auf der Grundlage des Räte-systems möglich ist, dann müssen auch die notwendigen Schritte zur Neuformierung als erste praktische Kampfhandlung vollzogen werden. Dann heißt es, zuerst in den eigenen Reihen ernst machen mit dem Räteprinzip, die Nabelschnur zur alten heute unbrauchbaren Arbeiterbewegung muß zerrissen werden. Die Kritik, wie sie diese Genossen geben, hat nur dann eine positive Bedeutung für die Arbeiterklasse, wenn sie sich mit den neuen Organisationsformen der Arbeiter

sonst ist ihre Kritik nur negativ. Mit der Forderung, die alte Arbeiterbewegung zu überwinden, ist noch nichts getan, vor allem dann nicht, wenn man sie an die alten Bewegungen selbst stellt. Auf die Tagesordnung muß die Bildung einer antiparlamentarischen, antiparlamentarischen, antiparlamentarischen Klassenkampforganisation gestellt werden, die ersten Ansätze sind schon in der KAU vorhanden. Mit der Propagierung und Bildung von Betriebsorganisationen wird die Grundlage zum Räte-system gelegt, und das ist der einzige Ausweg aus dem Reformismus. Die Arbeiter der SAP müssen sich für die revolutionäre Klassenkampfpolitik entscheiden, wenn sie nicht zwischen den Fronten zerrieben werden wollen.

Aus anderen Organisationen

Die richtige Antwort.

In dem „überparteilichen“ ASV-Fichte Berlin, der aber in Wirklichkeit von Parteistrategen der KPD beherrscht wird, schloß man unseren Genossen W. auf Betreiben der KPD-Fraktion aus, da er den Standpunkt der KAU vertrat und die Kinder der 4. Gruppe nicht nach dem Parteiladen der KPD, sondern zur GfP zum Jugendweckkurs schickte. Als Antwort auf die sozialfaschistischen Ausschlüsse- und Bevormundungsmaßnahmen der KPD in der ASV-Fichte und gegen die letzte Handlungsweise, indem die KPD-Körperschaften hinter dem Rücken der Mitgliedschaft der 4. Gruppe den Genossen ausschlossen nur wegen seiner antiparlamentarischen Einstellung, **traten über 50 Mitglieder zum Protest gegen die Verweigerungsmethoden von Seiten der KPD aus der 4. Gruppe aus — es ist der aktivste und beste Teil der Mitgliedschaft.**

Die Genossen werden weiter wie bisher dafür kämpfen, daß nicht irgend eine Partei die Arbeiter bevormundet und schulmeister, sondern daß das Proletariat selbst seine Befreiung vollzieht, als Klasse auf der Plattform des Räte-systems, damit die Einheitsfront von unten zur Tat wird.

Eine wirkungsvolle Jugendwehle.

Die ausgesprochen proletarischen Charakter trug, veranstaltete die Ortsgruppe Berlin der „Arbeiterjugend proletarischer Front“ am Ostermontag im „Rose-Theater“. Neben der Musik sind besonders hervorzuheben die mit primitiven Mitteln erzielten wirklich guten Leistungen des Sprech- und Bewegungstheaters der GfP.

Nur die Rednerin Meta Kraus-Fessel wie neben der natürlichen noch eine **ideologische Schwäche** auf. Zahlreiche Blumen und zwölf Krokodilskische Ethik! Ihre Rede palte so nicht

sich ein wenig umstellen, ein Verbot der Partei hätte zur Folge, daß die Berufsleiter ihre Überzeugung nicht mehr bezahlt bekommen und da nun einmal die größte Entscheidung beim Parteitag liegt, müßte man eine Verbenzung vor den Notverordnungen machen. Spontane Kämpfe wurden von den oberen Parteinstanzen verboten. Als in Giesenskirchen ein Polizeikommando erschossen wurde, da erließ das ZK der KPD einen Aufruf gegen den individuellen Terror. Dies mußte wiederum im Interesse der Legalität getan werden. Doch noch vor Monaten ließ es: Schlägt die Faschisten, wo ihr sie trifft! Ist das nicht ein Widerspruch? Schlägt die Faschisten wo ihr sie trifft — doch wer einen Feind des Proletariats vernichtet hatte, der wird wegen individuellen Terror mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen. Selbst derjenige, der die jeweils vom Zentralkomitee herausgegebenen Parole für nicht richtig hält und das setzt, gilt schon als Parteischädling. So ist es auch mir ergangen. Hatte aber einer der unteren Parteimitglieder zur Zeit der Gültigkeit der Parole „Schlägt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ an ihrer Richtigkeit gezwweifelt, so wäre er ebenfalls als Parteischädling, als Kontroverselationär bezeichnet und verschrien, und aus der Partei ausgeschlossen worden. Heute macht man wieder das Gegenteil.

Das muß folgerichtig zu einer falschen Einstellung zur prolet. Revolution führen und hat bereits in der Praxis dazu geführt. Wenn man schon einer Notverordnung wegen Konzessionen an die herrschende Klasse macht, wie soll es dann bei der uns bevorstehenden gewaltsamen Auseinandersetzung sein. In der KPD wird die proletarische Demokratie wirklich verkörpert — so reden die Sekretäre dauernd, aber wer von diesem Grundsatz Gebrauch machen will, der wird als Disziplinbrecher bezeichnet und — ausgeschlossen. Dazu folgend: **am 29. Dezember 1931 wurde mir schriftlich ohne jede Begründung in einem einzigen Satz mitgeteilt, daß ich wegen parteischädigenden Verhaltens aus der KPD ausgeschlossen bin.** Unterzeichnet war dieses nette Dokument von Prinz, dem Unterbezirkssekretär für das Kulturgebiet Bielefeld. Die Ursache des schnellen Ausschlusses war eine vorhergegangene Mitgliederversammlung, in der einige Genossen und ich scharf Kritik an den Führern übten. Wir nahen entschieden Stellung gegen jede Diktatursetzung der Führer und zeigten wenig Gegenwehr, da man die Genossen je nach Rang und Stellung in der Partei belandete. Ich kritisierte dann noch einen Artikel einer bürgerlichen Zeitung über die Vorgänge im ZK, von dem ich auf, daß sie nicht wahr war und unwahr ist. Aber nur weil ich davon sprach, wurde es als eine schmutzige Handlung gegen die Führer angesehen (Kampfritterlich, sagt denbaur), gegen mich wurde kein Untersuchungsantrag gestellt. Ein Verfahren einleitete, sondern von den Klubsekreten der Sekretäre aus wurde mein Ausschuß erklärt.

Deshalb ist diese und noch weit mehr Erfahrungen habe ich

daher ihren Mitglidern die Teilnahme an Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes frei, soweit sozialistische Organisationen oder öffentliche Körperschaften Träger der Arbeit oder des Dienstes sind.

Kommentar überflüssig!

Soeben erschienen:

Dreimal gewählt — Dreimal betrogen! Was nun?

Preis 5 Pfennig

Bestellungen an den Neuen Arbeiter-Verlag

PROLETARIER

Zeitschrift für Theorie und Praxis des Rätekommunismus

erscheint erstmalig wieder im Mai 1932. Jeder Unionist muß den „Proletarier“ lesen. Er liefert das theoretische Rüstzeug für den Kampf der KAU!

Bezugsbedingungen: Der „Proletarier“ erscheint jährlich 8 mal. Es kostet die Einzelnummer 0,40 RM Vierteljahresabonnement (2 Nummern) 0,75 RM Jahresabonnement (8 Nummern) 2,80 RM

Das Bezugsfeld ist voraus zahlbar. Bestellungen und Geldsendungen für die deutsche Ausgabe des „Proletarier“ sind zu richten an: **Friedrich Parlow, Berlin SO 16, Adlerbstr. 55 v. IV.** (Postcheckkonto: Berlin Nr. 68291)

Gruppe Internationaler

Kommunisten (Holland)

Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung

Der Titel vorstehenden Werkes, einer Kollektiv-Arbeit, spricht für sich. Wer Interesse hat, bestelle!

Brosch. 1,50 M., Ganzh. 2,50 M. **Neuer Arbeiter-Verlag** Ausfl.: Fr. ROTHER, BERLIN O 112, Grünbergstr. 4. Postcheckk. Berlin 117 841

Verantw. Redakt. u. Herausg. E. Biedermann, Blü-Lichtenberg. Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, W. Iszomat, Berlin O 17

Aus den Bezir Ostsaachsen

Brüderkampf statt Klassenkampf!

Die KPD-Erwerbslosenstaffel veranstaltete eine Erwerbslosensammlung für Groß-Breslau sprach der Landtagsabgeordnete Siegel i. Erwerbslose“. Die Versammlung war, selbst in der Leitung, sehr schlecht besucht. Ungefähr waren aus Groß-Breslau zusammengekommen selbst ist nur kurz zu sagen, daß man wie immer sammelten der KPD, die Anwesenden zu 1. schloß, die Aktivisten zum Klassenauf eines Arbeiterkandidaten (in diesem Fall Thilo Daneben Propaganda für ein „Sowjet-deutschland“ in der Diskussion sprach ein Genosse von lichen Erwerbslosenkörper, den eine Reihe Diskussionen auf der Grundlage des Räte-systems gründet haben. Er kam in seinen Ausführungen punkt, daß der Parlamentarismus somit auch 3 sionen in der Arbeiterklasse verbreitet. Dar- und Zursü. Und als er zu dem Satz sagte: wählt, wählt Hitler von parlamentarischen trachtet“, wurden der Diskussionsleiter, sowie tende Genossen von Parteifunktionären und der schützstaffel geschlagen. Nachdem die Ruhe w war, erteilte die Versammlungslitung aus 11 schließliche bedankten wir uns schon in voraus li Deutschland der Parteikommunisten, das komm

Niedersachsen

Die Industrie unseres Bezirkes ist äußerst wiesend ist aber Holzindustrie, Zellstoff, Papier deroits Steinbrüche und Asphaltwerke. Dann schlichte Maschinenfabriken usw. Diese Indu ausschließlich stillgelegt. Charakteristisch sind Verkehrsverhältnisse dieses Bezirkes und da kleinerer Industrieorte. **Delfingen** z. B. hat 2 Die größten Orte sind **Anhild** mit 8000 und **EB** tausend Einwohnern. Die Bevölkerung best aus Bauern und Halbpörlern, d. h. die die salien und besitzen etwas Land und Vieh. Alle waren und sind bei der SPD organisiert. Sie Gewerkschaften, weil diese für den Achtstunde Beschränkung der Arbeitszeit hatte für sie den für die Feldbestellung zu haben. Die Löhne Die Kommunisten begründeten das damit, daß il landwirtschaftliche Selbstversorger nicht sowie städtische Industriearbeiter. Mit der gegenw

Mitteilungen

Achtung! Ortsgruppen!

Die Nummer 5 des „KAMPF“ Ende nächster Woche als

Mai-Zeitung der KAU

Alle Ortsgruppen müssen s p 15. April 1932 Massenbestellu

Eine neue Massenbrochüre

der KAU erscheint in den 3 unter dem Titel: **Dreimal gew** zum Verkaufspreise von 5 F müssen sofort an den **Neuen Franz Rother, Berlin O 1 Straße 4** aufgegeben werden

Die sozialistische Arbeiterjugend in der Groener-Front?

Einer Entschließung des Bezirksausschusses der SAJ zur Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes (der am 17. März d. J. in Berlin faßt) entnehmen wir:

„Der freiwillige Arbeitsdienst hat eine umfassende Hilfe für die arbeitlose Jugend nicht gebracht. Trotzdem kann eine Organisation der arbeitenden Jugend, wie die Sozialistische Arbeiterjugend, angesichts der ungeheuren materiellen und seelischen Not, der heute Hunderttausende junger Menschen durch die lange Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, kein Mittel ungenutzt lassen, um die Note dieser Jugend zu lindern. Die Sozialistische Arbeiterjugend stellt

BUCHHANDLUNG DER K.A.U.

Berlin Bücher nur vom „Neuen Arbeiter-Verlag“, Berlin O 112 (Franz Rother), Grünbergstr. 4. Alle proletarische Literatur besorgt auch schnellsten der KAU. Organisationsmitglieder erhalten Organisationsrabatt. KAU, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution 0,20 Wer betragt die Massen Kritik an den Waffen 0,25 Gewerkschaften oder Allg. Arbeiter-Union 0,10 Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung 1,50 u. 2,50 Ausgangspunkte der Grundprinzipien 0,25 Gorter, Historischer Materialismus 1,- u. 2,50 Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften 0,40 Sozialreform oder Revolution 0,60 Die Krise in der Sozialdemokratie (Januistr.) 0,25 Die russische Revolution 0,70 Marx, Engels, Das kommunistische Manifest 0,20 Marx, Lohnarbeit und Kapital 0,70 Lohn, Preis und Profit 0,70 Engels, Grundzüge des Kommunismus 0,70 Antiführer 4,- Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen 0,25 Soll der Faschismus siegen 0,10 Massenbestellungen: 100 Stück je 3,50 Warum bleiben die Massen in der Partei 0,05 Offener Brief: An die Arbeitergenossen der marxistischen Parteien 0,05

Freidenkerbrochüren. Lindner, Gibt es einen Gott? 0,15 Zapf, Wir brauchen keinen Gott 0,10 Krugger, Die Unwahrheit in der Bibel 0,25 Bebel, Christentum u. Sozialismus 0,30 Meyer, Die Frau in der Kirche 0,40 Olschewski, Das wahre Gesicht der Kirche 0,10

Bestell-Zettel

Unterschriebener bestellt hiermit den „KAMPFRUF“, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Union. Erscheint zweimal monatlich — Einzelnummer 10 Pf., per Streifenband vierteljährlich 1,— RM.

Name:

Wohnort:

Straße:

Bestellzettel deutlich mit Bleistift ausfüllen und in offenem Kuvert als Drucksache einsenden an: **Richard Radt, Berlin-Rummelsburg, Kantstraße 46, 1 Tr.**

DER KAMPFRUF

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 13, Nr. 6 Berlin, Mai 1932 Preis 10 Pfennig
Der „Kampfruf“ erscheint zweimal monatlich
Zu beziehen durch die Funktionäre der KAU
Berl. 100 817
Bezugspreis: vierteljährlich 1 RM, im voraus zahlbar auf Postcheckkonto Reich. Radt, Berlin 100 817

Vor neuen Hungerdiktaten Dreimal gewählt — was nun? Massenmobilisation

Nachdem die Wahlen vorbei sind, decken die Sachwalter des Kapitalismus wieder offen die Karten auf. In dem abziehenden Nebel der parlamentarischen Verdrummungsoffensive zeigt sich immer sichtbarer das Gespenst der fünften Notverordnung. Ein neuer Gewerkschaftsgriff gegen das Proletariat steht bevor!

Lassen wir die Tatsachen sprechen: Reichsarbeitsminister Stegerwald hielt am 29. April auf einer Tagung der Katholischen Kaufmännischen Vereinigungen in Erfurt eine Rede, aus der schon in großen Umrissen der Inhalt der kommenden Notverordnung zu ersehen ist.

In Mittelpunkt der Ausführungen Stegerwalds stand die Begründung der Notwendigkeit, im sogenannten „Binnengetriebe“ die Löhne zu senken, um sie dadurch an den niedrigeren Lohnstandard der Exportindustrien „anzugleichen“. Es kommen hier vor allem in Frage die Verkehrsbetriebe, das Baugewerbe, die öffentlichen und Versorgungsbetriebe, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Landwirtschaft, sowie Teile des Bergbaues, der chemischen Industrie und des Metallgewerbes. Da aber die meisten Produktionszweige Deutschlands gleichzeitig auch für den Binnenmarkt arbeiten, so muß das Gros der deutschen Betriebsarbeiter mit einer neuen Lohnsenkung rechnen!

Unter diesen Punkt fällt auch die Neueregulierung der Mantelarbeit, wo besonders eine Herabsetzung der Urlaubsentlohnung geplant ist. Und schließlich erwägt die Regierung auch die Einführung der 40 Stundenwoche, — ohne Lohnausgleich natürlich.

Stegerwald erklärte in seiner Erfurter Rede weiter, daß „in den nächsten Wochen eine Kombination zwischen Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge gefunden werden müsse“, um über den viele Hunderte Millionen Mark betragenden Fehlbetrag für 1932 hinwegzukommen. Das kann nichts anderes bedeuten als: **Weitere Herabsetzung der Unterstützungssätze** auf den Stand der Wohlfahrtsfürsorge, **verschärfte Bedürftigkeitsprüfung** zur Verringerung der Unterstützungsbezieher und endlich die **Einführung der Arbeitsdienstpflicht** besonders für jugendliche Erwerbslose.

Auch bei der Sozialversicherung sollen nach den Ausführungen Stegerwalds „grundlegende Änderungen“ erfolgen. Da nämlich der kapitalistische Staat infolge seiner chronischen Pleite die notwendigen Zuschüsse nicht mehr geben kann, soll die Sozialversicherung finanziell von den Versicherten allein getragen werden (unter staatlicher Kontrolle). Dieser Plan ist faktisch die öffentliche Bankrottanmeldung der bürgerlichen „Sozialversicherung“.

Das sind die Hauptpunkte aus Stegerwalds Rede in Erfurt, soweit sie direkt die proletarischen Massen treffen. Die besondere politische Bedeutung dieser Erklärungen Stegerwalds liegt natürlich darin, daß sie den Weg frei machen sollen für eine Regierungskoalition zwischen Zentrum und Hitlerpartei in Preußen.

So steht die Arbeiterschaft abermals vor einer wichtigen Entscheidung!

Es geht aber diesmal nicht um eine „Entscheidung“ mit dem Stimmzettel, — es geht jetzt um die **machtvolle Abwehr eines neuen direkten Angriffes der Kapitalistenklasse!**

Dreimal hat die große Masse des Proletariats gewählt, — dreimal ist sie betrogen worden. Betrogen mit der Illusion, als ob die Welle der Verelendung und Faschisierung durch parlamentarische Mittel aufzuhalten wäre. Auf das monatliche Wahlergebnis der Massenverdrummung folgt jetzt schnell und gründlich das Erwachen. Die demokratische Kolosse wird wieder bei Seite geschoben und die monopolkapitalistischen Herr-

scher fordern neue materielle Opfer vom Proletariat. **Abermals muß der Staat unter dem Druck der allmächtigen Profitkönige weitere Hungerdiktate erlassen, — trotz des parlamentarischen Anpreisens der „Eisernen Front“ über Adolf Hitler! Was nun?**

Die parlamentarischen Parteien können angesichts dieser neuen Hungeroffensive weiter nichts tun, als ihre Ohnmacht gegenüber den kapitalistischen Machthabern zu verschleiern mit neuem Massenbetrug („Arbeitsbeschaffungspläne“) und mit einem erbärmlichen Schacher um die Neuverteilung der staatlichen Futterkürren. Und die „freien“ Gewerkschaften sind infolge ihrer tarifgesetzlichen Verkopplung mit dem Schlichtungsfaschismus so kampfunfähig, daß sie nur noch staatskapitalistische Resolutionen fabrizieren und Statistiken über die Verelendung aufstellen können.

Diese Tatsachen machen das Selbsthandeln des Proletariats zur brennenden Tagesfrage. **Ueber alle Instanzen der ohnmächtigen parlamentarisch-gewerkschaftlichen Bewegung hinwegschreitend, müssen sich die Arbeiter der Betriebe und Stempelstellen endlich zum gemeinsamen Kampfe formieren! Die Masse selbst muß ihre Aktionen organisieren und auf räte-demokratischer Grundlage die revolutionäre Klassenfront schaffen!**

Das sind die ersten Schritte, die das Proletariat tun muß, um der neuen Kapitaloffensive gerüstet gegenüber zu stehen.

24. April und 1. Mai

Die Landtagswahlen haben das erwartete Ergebnis gebracht. Die Nazi-Stimmen stiegen in Preußen seit der letzten Reichstagswahl von 3,9 auf 8 Millionen, das sind mehr als hundert Prozent! Damit hat der katastrophale Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte (außer dem Zentrum) seinen Höhepunkt erreicht. Die Wirtschaftspartei ist völlig außerleben, während Staatspartei und Deutsche Volkspartei nur noch ein klägliches Rest sind. SPD und KPD haben in Preußen je 300 000 Stimmen verloren, wobei prozentual der Verlust der KPD der größere ist.

Die Wahnergebnisse der sogenannten Weimarer Koalition macht eine Umkehrung der preußischen Regierung notwendig. Das Kabinett Braun hat bereits seine Rücktrittsbildung bekanntgegeben. Zwischen der Hitlerpartei und dem Zentrum sind schon Verhandlungen im Gange. Die prominenten SPD-Führer (Severing) sprechen offen aus, daß die Nazis **unmühtig herangelassen werden müssen**, da dies die „Spielregeln der Demokratie“ erfordern! Damit bestätigen die SPD-Bonzen ungewollt, daß der Parlamentarismus keine Waffe gegen den Faschismus ist. Ob die Proletarier nun auch endlich befreiten, daß der Wahlrummel nur ein verisimes Ablenkungsmanöver war?

Der Triumph des Nazifaschismus in Preußen wurde auch nicht verkleinert durch die imposanten Maidemonstrationen. Wenn auch große Massen an den Kundgebungen der Grande KPD teilnahmen, so waren diese Riesendemonstrationen doch nur eine **Demonstration der politischen Ohnmacht der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung!** Die herrschende Klasse konnte diese grandiosen Malkundgebungen mit ruhigem Gewissen erlauben, nachdem SPD und KPD erst bei den letzten Wahlen wieder bewiesen haben, daß sie die Proletarier noch immer fest am Seil der kapitalistisch-demokratischen Gesetzlichkeit hängen.

Die nächsten Wochen jedoch werden schon die Arbeiterschaft wieder vor die Frage stellen, den Kampf gegen die neue Kapitaloffensive aufzunehmen. Dazu ist das Proletariat aber nicht fähig, wenn es aus dem Sumpf der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Illusionspolitik vorwärts schreitet zur revolutionären Massenaktion.

Der Wahlrummel ist aus und außergewöhnlich schnell verloschen. Die Bourgeoisie hat wieder einmal ihren Zweck durch Wahlmanöver erreicht. Wer die Zeitungen der SPD und KPD nach den Wahlkampf aufmerksam gelesen hat, der mußte feststellen, daß diese Organisationen der Presse direkt die Spucke wegzugelassen ist. Sie sind außerdem ihre parlamentarischen Niederlagen zu erklären, noch zu deuten — würden sie dieses tun, dann müßten sie ihre eigene reaktionäre Politik aufdecken und anprangern. Für uns gilt es jetzt mit aller Klarheit und Schärfe die Fragen zu klären: warum hat das Proletariat dreimal gewählt und dadurch seine Klasseninteressen vergessen, warum haben die Nazis trotz Erwerbsloseneindringender parlamentarische Positionen so enorm vergrößern können und warum ist die RGO vollständig eingeschlagen?

Erinnern wir uns. Als unsere Genossen die wenigen und beschränkten Möglichkeiten der Diskussionsfreiheit in den Wahlversammlungen ausnützten und die hemmenden Auswirkungen des parlamentarischen Scheinkampfes aufzeigten, erwiderte uns stets die KPD, daß sie ebenfalls außerparlamentarische Kämpfe und durch die Wahlen die Massen mobilisiert. Wir fragten alle Proletarier nichtern: wo sind die Proleten außerparlamentarisch zum Kampf gegen die kapitalistische Barbarei, in den Betrieben, auf dem Land und in den Stempelstellen mobilisiert worden, wo sind die Aktionen der RGO gegen Lohnabbau und Reaktion in der Tat zu verzeichnen? Wir müssen heut, eine Woche nach dem rückwärtigen Ausgang des Wahlmanövers, offen erklären, daß nirgends etwas von einer „Massenmobilisierung“, von der die KPD während der Wahlaktion“ so viel sprach, zu spüren ist. Der Ausgang der Wahlen, sowie die Passivität der Massen nach den dreimaligen „Heerschau“ durch den Stimmzettel, löste keine Massenmobilisierung der Arbeiterklasse aus, sondern eine Katzenjammerstimmung bei der SPD und KPD. — Das Lehren aus den letzten Wahlen.

Der Ausgang der Wahlen beweist weiter, daß die Wahlmanöver der KPD genau so hemmend für die Arbeiterklasse sich auswirken als die parlamentarischen Ablenkungsmethoden der SPD und Gewerkschaften. Die Nazis konnten nur durch den unbeschreiblichen Verrat der SPD, der sich erst jetzt mit rückichtsloser Konsequenz auswirkt, ihren Einfluß steigern und festigen. Die Nazis haben außerdem noch von dem Phrasengeschrei, das die KPD mit ihrer Rüßlandpolitik verbreitet, sowie durch die kapitalistischen Aufbauarbeiten Status profitiert und ihre arbeitfeindliche Politik gestärkt. Während es den Nazis gelungen ist, nicht nur auf Kosten der bürgerlichen Parteien, sondern auch auf Kosten der KPD und SPD die faschistische Front zu stärken, ist es der KPD nicht gelungen, in die „eisernen“ Front der SPD und der Gewerkschaften eine Bresche zu schlagen. Warum konnte sich die SPD verhältnismäßig gut gegen die KPD behaupten, warum behaupten sich die Gewerkschaften gegenüber der RGO, trotz ihrer streikbrecherischen Tätigkeit und ihres Versagens im täglichen Klassenkampf? Diese Fragen, die für den zünftigen Befreiungskampf von ungeheurer Bedeutung sind, gilt es ebenfalls zu klären und zu beantworten.

Wenn die KPD im ideologischen Kampf gegen die SPD und ihre Gewerkschaften keine Erfolge und Fortschritte mehr buchen kann, so liegt das einwie und allein nur daran, daß die KPD mit ihrer parlamentarischen und gewerkschaftlichen Politik nicht in der Lage ist, der SPD eine grundsätzliche kommunistische Politik gegenüber zu stellen. Nicht nur die Verbrechen der Gewerkschaften und der SPD wirken sich erst jetzt mit allem Nachdruck gegen die Arbeiterklasse aus, sondern auch die der Komintern und ihrer Sektionen. Wenn wir heute in Deutschland den Gewerkschaften, die den Wall gegen die Revolution verkörpern, keine revolutionären Faktoren in Art von Betriebsorganisationen oder Klassenorganisationen von Bedeutung entgegen stellen können, so ist **für diese beschämende Tatsache die KPD verantwortlich**. Dort, wo aus der Revolution die Betriebsorganisationen erwachsen und den Gewerkschaften als revolutionärer Faktor entgegengetreten, hatte die KPD (vor allem auf Anraten Lenins) nichts anderes